

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Juli 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Christian Freudlsperger

**Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene
Vom 04. bis zum 10. Juli 2011**

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Krisentreffen am 11. Juli zu Italien und Griechenland

Nachdem am 08.07. Risikoaufschläge für italienische Staatsanleihen den höchsten Stand seit Bestehen der Wirtschafts- und Währungsunion erreicht hatten, berief der Präsident des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy, den Vorsitzenden der Eurogruppe, Juncker, Kommissionspräsident Barroso, EZB-Präsident Trichet und Währungskommissar Rehn zu einem Treffen am Montagvormittag. Die Märkte seien nervös geworden als Premierminister Berlusconi Finanzminister Tremonti öffentlich kritisiert habe. Hauptthema des für den Abend angesetzten Treffens der Eurogruppe ist die Rettung von Griechenland. Der Internationale Währungsfonds hat am 08.07. seinen Teil der Mitte Juli fälligen Tranche über 3.2 Mrd. EUR bewilligt. Für ein zweites Rettungspaket ist es aber in mehr als zwei Wochen nicht gelungen, den privaten Sektor substanziell zu beteiligen. Hiervon machen wiederum Deutschland, die Niederlande, Österreich und Finnland ihre Mitwirkung abhängig. Die Märkte gehen daher verstärkt von einem griechischen Staatsbankrott aus.

<http://euobserver.com/9/32609/?rk=1>

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11273.htm>

2. Lob für Erfolge der ungarischen Ratspräsidentschaft

Bei der Aussprache im Europäischen Parlament am 05.07. wurden die Erfolge der ungarischen Ratspräsidentschaft fraktionsübergreifend anerkannt. Hervorgehoben wurden der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, die neue Roma-Strategie, die Fortschritte beim Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung, die Strategie für den Donauraum und die Einigung über das Gemeinschaftspatent. Sprecher der Linken bedauerten allerdings, dass das ungarische Mediengesetz und die neue Verfassung einen Schatten auf die Leistungen der Präsidentschaft geworfen hätten.

<http://www.euoparl.europa.eu/de/pressroom/content/20110701IPR23193/html/MEPs-debate-Hungarian-presidency-results-with-Prime-Minister>

3. Zwei neue Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments

Anni Podimata (S&D, Griechenland) und Giles Chichester (EKR, Vereinigtes Königreich) wurden am 05.07. durch Zuvor zu Vize-Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Podimata ersetzt ihren Landsmann Stavros Lambrinidis, der zum Außenminister in Griechenland berufen wurde. Chichester tritt an die Stelle von Silvana Koch-Mehrin, die von ihrem Posten als Vize-Präsidentin zurückgetreten ist. Anni Podimata wird dritte Vize-Präsidentin und Giles Chichester 14. Vize-Präsident. Beide übernehmen die Portfolios ihrer Vorgänger.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23326/html/Neue-Vize-Pr%C3%A4sidenten-des-Parlaments-Anni-Podimata-und-Giles-Chichester>

4. Verhaltenskodex für Europaabgeordnete

Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments und der Fraktionen im EP billigte am 07.07. einstimmig einen Verhaltenskodex für Abgeordnete. Die förmliche Verabschiedung durch das Plenum (nach Stellungnahme des Verfassungsausschusses) gilt damit als Formsache. Nach den neuen Regeln müssen Abgeordnete ihre finanziellen Interessen genauer offenlegen. Änderungen sind schon nach 30 Tagen anzuzeigen (bisher jährlich). Neu ist das ausdrückliche Verbot, Geld oder andere Vorteile für parlamentarische Tätigkeiten anzunehmen. Hintergrund ist der im März bekannt gewordene Fall von vier Abgeordneten, die sich bereit erklärt hatten, gegen Bezahlung Änderungsanträge im Sinne des Auftraggebers einzubringen. Bei den Auftraggebern handelte es sich allerdings um Reporter einer britischen Zeitung.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110707IPR23576/html/Parliament-group-leaders-endorse-new-Code-of-Conduct-for-MEPs> (PM EP)

http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20110707MLT23593/media_20110707MLT23593.pdf (Code of Conduct)

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Vorrang für Demokratie und Rechtstaatlichkeit in Außenbeziehungen

In einer Entschließung äußert das Europäische Parlament die Überzeugung, dass die Rolle der EU als „sanfter Macht“ (soft power) auf globaler Ebene nur zum Tragen kommt, wenn in ihrer Politik gegenüber Drittländern dem Schutz der Menschenrechte tatsächlich Priorität eingeräumt wird. Das EP ist der Ansicht, dass die Bekämpfung der Armut und die Beseitigung der Hindernisse, die der Entwicklung von Ländern entgegenstehen, entscheidend zu demokratischen Prozessen beitragen können. Die Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten hätten die Grenzen einer Fokussierung auf Sicherheit – vor allem auf die Bekämpfung der illegalen Einwanderung – und Stabilität aufgezeigt und deutlich gemacht, dass es auf diese Weise nicht gelungen sei, Armut und soziale Ungerechtigkeit zu verringern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0334+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EP für interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich der GASP

In seiner EntschlieÙung vom 07.07. weist das Europäische Parlament darauf hin, dass es die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) demokratisch legitimiert und politisch kontrolliert. Das EP ist überzeugt, dass gleichzeitig eine verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich der GASP und der GSVP den Einfluss der Parlamente auf die politischen Entscheidungen der EU und ihrer Staaten stärken würde, dank der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments für die gemeinsamen politischen Maßnahmen der Union, darunter GASP/GSVP, und der Vorrechte der nationalen Parlamente in Bezug auf die die nationale Sicherheit und Verteidigung betreffenden politischen Entscheidungen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0337+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Rahmenverordnung für Makrofinanzhilfen an Drittländer

Am 04.07. hat die Kommission einen Vorschlag für eine Rahmenverordnung über Makrofinanzhilfen angenommen. Das Finanzierungsinstrument der Makrofinanzhilfe erlaubt es, der EU nahestehenden Drittländern, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben, im Ausnahmefall finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ziel der vorgeschlagenen Rahmenverordnung ist es, das Instrument schneller einsetzbar und effektiver zu machen. Mit der Rahmenverordnung sollen die grundlegenden Bestimmungen für Makrofinanzhilfen in einem formalen Rechtsakt niedergelegt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/828&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. EP für Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in arabischer Welt

In seiner EntschlieÙung vom 07.07. fordert das Europäische Parlament den Weltsicherheitsrat auf, **Syriens** Unterdrückungsregime zu verurteilen. Außerdem sollen humanitäre Korridore zur türkischen und libanesischen Grenze geschaffen werden. Das EP verurteilt auch die Gewaltakte in **Jemen** und **Bahrein**. Das EP begrüÙt den Beschluss der EU, ihre Sanktionen gegen das Regime in **Libyen** zu verschärfen und fordert Oberst Muammar Abu Minyar al-Gaddafi erneut auf, die Macht unverzüglich abzugeben. Das EP fordert die EU-Außenbeauftragte und die EU-Mitgliedstaaten auf, rasch zu handeln, um dem **Nationalen Übergangsrat Libyens** nach Genehmigung und unter Aufsicht des Sanktionskomitees des UN-Sicherheitsrates einen Teil der eingefrorenen libyschen Vermögenswerte zur Verfügung zu stellen, damit der Bedarf an Soforthilfe gedeckt werden kann;

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110706IPR23547/html/MEPs-push-for-a-UN-resolution-on-Syria-and-a-refugee-corridor> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0333+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung)

5. EP gegen Nichtzulassung von Partei bei russischen Parlamentswahlen

In seiner EntschlieÙung vom 07.07. bedauert das Europäische Parlament den Beschluss der staatlichen Stellen Russlands, der Partei der Volksfreiheit (PARNAS) die Registrierung für die bevorstehenden Wahlen zur Duma im Dezember 2011 zu verweigern; fordert die staatlichen Stellen Russlands auf, freie und faire Wahlen zu gewährleisten und alle Beschlüsse und Regelungen zurückzunehmen, die im Widerspruch zu diesem Grundsatz stehen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110706IPR23549/html/Real-obstacles-to-political-pluralism-in-Russian-Duma-elections> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0335+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung)

b) Außenhandel

1. WTO rügt chinesische Exportrestriktionen für Rohstoffe

Die EU begrüÙte den Bericht der Welthandelsorganisation WTO wonach die chinesischen Exportbeschränkungen für Rohstoffe nicht aus Umweltgründen gerechtfertigt werden können und daher aufgehoben werden müssen. Grundlage war ein von der EU, den USA und Mexiko gemeinsam eingebrachter Musterfall.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/834&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://www.wto.org/english/news_e/news11_e/394_395_398r_e.htm

2. Jahresbericht zur Sicherstellung gefälschter Produkte an EU-Grenzen

Kommissars Algirdas Šemeta stellt am 14.07. den Jahresbericht mit Statistiken über die Sicherstellungen des Zolls von Waren, die im Verdacht der Verletzungen von Schutzrechten wie Warenzeichen, Urheberrecht oder Patenten stehen, vor. Der Bericht informiert über die Art, den Ursprung und die Transportmethode gefälschter Produkte, die von den Zollbehörden an den Außengrenzen der EU sichergestellt wurden. Erstmals wird auch der Marktwert der Fälschungen angegeben.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. EU bekräftigt Unterstützung für Südsudan

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton nahm am 09.07. an den Feierlichkeiten am Tag der Unabhängigkeit des Südsudan in dessen Hauptstadt Juba teil. Die EU werde weitere Unterstützung leisten und einen regelmäßigen Dialog mit dem neuen Staat entwickeln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/851&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Kommission stellt Lebensmittel-Nothilfe für Nordkorea bereit

Mehr als eine halbe Million hungernde Menschen in Nordkorea erhalten von der Kommission Nahrungsmittelforthilfe in Höhe von zehn Millionen Euro. Damit soll bis zur nächsten Ernte das Überleben von 650.000 Menschen im Norden und Osten des Landes gesichert werden. Kristalina Georgieva, Kommissarin für humanitäre Hilfe, sagte: "Nordkoreas chronisches Versorgungsproblem wird in einigen Landesteilen zu einer akuten Krise. Eine strikte Beobachtung soll die Verteilung der Lebensmittel an Kinder unter fünf Jahren, schwangere oder stillende Frauen, Kranke und alte Menschen sicherstellen."

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10066_de.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. Europäisches Jahr für aktives Altern und Generationensolidarität 2012

Das Europäische Parlament stimmte am 07.07. der Ausrufung des Jahres 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ zu. Das allgemeine Ziel des Europäischen Jahres bestehe darin, die Schaffung einer Kultur des aktiven Alterns in Europa zu erleichtern, deren Grundlage eine Gesellschaft für alle Altersgruppen bildet. Die Förderung des aktiven Alterns bedeute bessere Möglichkeiten zu schaffen, damit sich ältere Frauen und Männer in den Arbeitsmarkt einbringen können, Armut, insbesondere die Armut von Frauen, und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, ehrenamtliche Tätigkeiten und eine aktive Teilhabe am Familienleben und am gesellschaftlichen Leben zu fördern und ein Altern bei guter Gesundheit und in Würde zu unterstützen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0332+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Europäisches Parlament fordert Frauenquoten in Unternehmensführungen

In einer am 07.06. mit überwältigender Mehrheit angenommenen nichtlegislativen Entschließung fordert das EP, bis 2015 30 % und bis 2020 40 % der Positionen in Aufsichtsräten und Vorständen der größten börsennotierten EU-Unternehmen mit Frauen zu besetzen. Sollte es nicht möglich sein, mittels freiwilliger Maßnahmen die Anzahl der Frauen zu erhöhen, so müsse eine europaweite Gesetzgebung herangezogen werden. Derzeit wachse die Zahl der Frauen in den Führungsgremien der Unternehmen nur um einen halben Prozentpunkt pro Jahr. Nur 10 % der Direktoren und nur 3 % der Vorstandsvorsitzenden in den größten börsennotierten EU-Unternehmen seien Frauen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110706IPR23412/html/Frauen-in-der-Wirtschaft-Europ%C3%A4isches-Parlament-fordert-gesetzliche-Frauenquote> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0330+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. EU ebnet Weg für Zulassung von Zuckerersatz Stevia

Produkte die den Zuckersatz Stevia erhalten, können möglicherweise nächstes Jahr europaweit auf den Markt gelangen. Die EU-Mitgliedstaaten haben einen Vorschlag der Kommission angenommen, den Süßstoff in mehreren Lebensmittelprodukten einzusetzen. Die süßenden Substanzen der südamerikanischen Stevia-Pflanze können bis zu 300 mal so intensiv wie herkömmlicher Zucker sein und könnten daher als natürlicher Süßstoff in kalorienreduzierten Softdrinks eingesetzt werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10072_de.htm

b) Landwirtschaft

1. Europäischer Rechnungshof bemängelt Betriebsprämienregelung der GAP

In seinem ersten Sonderbericht zur Betriebsprämienregelung der Gemeinsamen Agrarpolitik kritisiert der ERH, dass es aufgrund der Rechtsvorschriften möglich war, dass Personen oder Einrichtungen, die keine oder nur eine marginale landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten, in den Genuss von Betriebsprämienzahlungen kommen konnten. Der Hof empfiehlt, die derzeit geltenden Rechtsvorschriften dahin gehend abzuändern, dass die Betriebsprämie aktiven Betriebsinhabern zufließt.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8102748.PDF>

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8104723.PDF>

2. Europäisches Parlament für Aufhebung von Fütterverboten nach BSE-Krise

In einer nichtlegislativen Entschließung unterstützte das EP am 06.07. die Roadmap 2 der Kommission zu TSE. Diese sieht eine mögliche stufenweise Aufhebung des Verbots vor, verarbeitete tierische Proteine an Nicht-Wiederkäuer zu verfüttern. Angesichts des in der EU bestehenden "Protein-Defizits" sei dies zu begrüßen, allerdings unter strikten Bedingungen und mit Schutzvorkehrungen. Dazu zähle, dass verarbeitete tierische Proteine von Arten kommen müssen, die keine Beziehung zu TSE-Erkrankungen haben und nur an Nicht-Pflanzenfresser verfüttert werden dürfen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23380/html/BSE-Europa-muss-strikte-Kontrollen-beibehalten> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0328+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

3. EU fördert Absatz von Agrarprodukten in Deutschland mit 2,4 Millionen Euro

Die Kommission hat 26 Programme aus 13 Mitgliedstaaten genehmigt, mit denen in der EU über landwirtschaftliche Erzeugnisse informiert und deren Absatz gefördert werden soll. Die ausgewählten Programme, die eine Laufzeit von ein bis drei Jahren haben, sind mit insgesamt 75,1 Mio. EUR ausgestattet, an denen sich die EU mit 37,6 Mio. EUR (50 %) beteiligt. Aus Deutschland wurden drei Programme zur Absatzförderung ausgewählt, die von 2011 bis 2014 eine Summe von 2,4 Millionen Euro erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/829&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Schnellere Kapitalisierung der Anleger-Entschädigungssysteme

Das Europäische Parlament sprach sich am 05.07. für eine Verschärfung der Richtlinie zur Anlegerentschädigung aus. Investoren sollen gegen betrügerische und säumige Investmentfirmen insbesondere durch die Gewährung von Entschädigungsansprüchen wegen schlechter Beratung geschützt werden. Das Parlament schlägt auch vor, die für die Kapitalisierung der nationalen Entschädigungssysteme vorgesehene Zeit zu halbieren (5 statt 10 Jahre) und es den lokalen Behörden und NROs sowie Privatpersonen zu ermöglichen, Schadensersatzansprüche zu beantragen. Das

Plenum ist nicht dem Vorschlag des Wirtschaftsausschusses gefolgt, der gefordert hatte, die garantierte Entschädigung von 50.000 EUR auf 100.000 EUR anzuheben.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23303/html/EP-entscheidet-%C3%BCber-Derivate-Leerverk%C3%A4ufe-und-Anlegerentsch%C3%A4digungssysteme>

2. Europäisches Parlament entscheidet über Derivate und Leerverkäufe

Das EP stimmte am 05.07. über die Änderungsanträge zu Leerverkäufen (Bericht Canfin, Grüne/FR) und Derivaten (Bericht Langen, EVP/DE, CDU) ab, verschob aber die Endabstimmung, um die Möglichkeit zu haben, mit dem Rat zu einer Einigung in erster Lesung zu gelangen. Der Bericht Canfin verpflichtet Händler, ihre ungedeckten Leerverkäufe am Ende jedes Handelstages zu regeln. Ferner sollen Einkäufe von Kreditausfallversicherungen nur denen erlaubt werden, die im Besitz der entsprechenden Staatsanleihen sind oder von Anteilen, deren Performance von den Staatsanleihen abhängt. Nach dem Bericht Langen müssen Informationen über die OTC-Derivate einem "Transaktionsregister" gemeldet werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23303/html/EP-entscheidet-%C3%BCber-Derivate-Leerverk%C3%A4ufe-und-Anlegerentsch%C3%A4digungssysteme> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0312+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung Leerverkäufe)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0310+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung OTC-Derivate)

b) Wettbewerbsrecht

1. Kommission ermittelt wegen Energiekabelkartell

Die Kommission hat an zwölf Unternehmen eine Mitteilung der Beschwerdepunkte gerichtet, in denen sie ihre Vermutung ausführt, dass diese möglicherweise an einem Kartell für Erd- und Unterwasserkabel und damit verbundene Produkte und Dienstleistungen beteiligt waren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/839&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Rückgang problematischer Patentvergleiche im EU Pharmasektor

Die Kommission hat bei ihrem zweiten Monitoring der Patentvergleiche im Pharmasektor festgestellt, dass die Zahl der Vereinbarungen, die nach EU-Kartellrecht problematisch sein könnten, weiter zurückgegangen ist. Den Originalpräparate- und den Generikaherstellern sei demnach stärker bewusst, welche Arten von Vergleichen – nämlich vor allem die sogenannten „Pay-for-delay“-Vergleiche – Anlass für eine kartellrechtliche Prüfung sein können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/840&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Mehr Europa ist Lösung für Krise

Bei der Vorstellung des Programms der polnischen Präsidentschaft am 06.07. im Europäischen Parlament plädierte Premierminister Donald Tusk entschieden für europäische Integration und Solidarität. Die Antwort auf die Krise sei mehr Europa, insbesondere starke Institutionen. Nach dem EVP-Fraktionsvorsitzenden Joseph Daul (FR) kann die Wirtschaftskrise nicht durch nationale Alleingänge überwunden werden. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Martin Schulz (DE), lobte Tusk als einen Ratsvorsitzenden der sage, dass Europa Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sei. Unterstützung kam auch vom Vorsitzenden der liberalen Fraktion, Guy Verhofstadt (BE).

<http://www.europarl.europa.eu/en/headlines/content/20110627FCS22686/10/html/Europe-is-the-answer-Donald-Tusk-presents-Polish-EU-priorities>

2. Europäischer "New Deal" für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Das Europäische Parlament verabschiedete am 06.07. mit überwältigender Mehrheit (434 Ja, 128 Nein, 33 Enthaltungen) den Bericht des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise. Dringend notwendige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der EU könnten durch Übertragung von Entscheidungen zugunsten grenzüberschreitender Projekte im Energie- und Verkehrsbereich von nationaler auf EU-Ebene gesetzt werden. Vorgeschlagen werden ferner eine stärkere Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken, ein europäisches „Schatzministerium“ sowie eine Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in eine EU-Anleihenagentur.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23376/html/Ein-europ%C3%A4ischer-New-Deal-f%C3%BCr-mehr-Wettbewerbsf%C3%A4higkeit> (PM EP)
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0331+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

3. Europäisches Parlament für Schaffung von Zwischenregionen

Das EP sprach sich am 05.07. für die Schaffung einer Zwischenkategorie für Regionen aus, deren BIP pro Einwohner zwischen 75-90 % des durchschnittlichen BIP der EU27 liegt, "um eine Ungleichbehandlung von Regionen trotz ihrer ähnlichen Situationen zu verhindern". Die aktuellen Systeme des progressiven Aus- oder Anlaufens von Unterstützungszahlungen sollten dadurch ersetzt werden und geschätzten 50 Regionen (in Deutschland, in Griechenland, im Vereinigten Königreich, in Belgien und Frankreich, in Polen, in Finnland, auf der iberischen Halbinsel, in Italien und auf Malta) mehr Planungssicherheit verschaffen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23283/html/Das-Parlament-spricht-sich-f%C3%BCr-F%C3%B6rderung-von-%C3%9Cbergangsregionen-aus> (PM EP)
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0316+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

4. Erzeugerpreise der Industrie im Euroraum im Mai um 0,2% gefallen

Der Erzeugerpreisindex der Industrie fiel im Mai 2011 im Vergleich zum Vormonat im Euroraum (ER17) um 0,2% und in der EU27 um 0,3%. Im April nahmen die Preise um 0,9% bzw. 1,0% zu. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat erhöhten sich die Erzeugerpreise im Mai 2011 im Euroraum um 6,2% und in der EU27 um 7,1%. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, wurden die höchsten Rückgänge des Gesamtindex in **Griechenland** (-1,4%), **Schweden** und dem **Vereinigten Königreich** (je -1,1%) sowie **Frankreich** (0,5%) verzeichnet, während die Preise in

Deutschland, Malta, Rumänien und Finnland stabil blieben. Die höchsten Anstiege gab es in **Zypern** (+1,8%), **Lettland** (+1,3%), **Irland und Litauen** (je +1,2%) sowie **Dänemark** (+1,1%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/101&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Absatzvolumen im Einzelhandel im Mai um 1,1% gefallen

Im Mai 2011 fiel das Absatzvolumen des Einzelhandels¹ gegenüber April 2011 sowohl im Euroraum (ER17) als auch in der EU27 um 1,1%. Im April nahm der Einzelhandelsindex um 0,7% bzw. 0,9% zu. Gegenüber demselben Monat des Vorjahres nahm der Einzelhandelsindex im Mai 2011 im Euroraum um 1,9% und in der EU27 um 1,4% ab.. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Dänemark (3,7%), Portugal (-3,1%) und **Deutschland** (-2,8%) und die höchsten Zuwächse Luxemburg (+3,0%), Lettland (+2,0%) und Malta (+1,5%)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/102&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. EP für Eurobonds zur Finanzierung von Energie-Infrastrukturprojekten

In einer nichtlegislativen Entschließung begrüßte das Europäische Parlament am 05.07. die von der Kommission festgelegten vorrangigen Korridore. Die Verantwortung für die Planung und Entwicklung von Infrastrukturvorhaben liege zwar hauptsächlich beim Markt. Einige Vorhaben von europäischem Interesse, die aufgrund ihrer besonderen Merkmale zwar nicht wirtschaftlich tragfähig, aber zur Verwirklichung der energiepolitischen Ziele der EU notwendig sind, müssten gegebenenfalls aus EU-Mitteln finanziert werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23293/html/Energy-infrastructure-EU-project-selection-criteria-and-project-bonds> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0318+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

c) Währung und Finanzen

1. EP fordert Beteiligung an Verhandlungen zu mittelfristigem Finanzrahmen

In seiner Entschließung vom 05.07. zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2012 weist das Europäische Parlament darauf hin, dass der EU-Haushalt den politischen Prioritäten der EU Rechnung tragen müsse. Es sei notwendig, neue Eigenmittel einzuführen und die Investitionen auf EU-Ebene zu erhöhen, um einen Beitrag zur Verwirklichung der Strategie EU 2020 zu leisten. Das EP fordert den Rat und die Kommission mit Nachdruck auf, rasch mit dem EP eine Vereinbarung über eine praktische Arbeitsmethode für den Prozess der Verhandlungen über den nächsten mittelfristigen Finanzrahmen zu erzielen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0327+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Europäisches Parlament lehnt Finanzrahmen für die Jahre 2007-2013 ab

In seiner legislativen EntschlieÙung vom 06.07. zu dem Entwurf einer Verordnung des Rates zur Festlegung des mehrjähri-gen Finanzrahmens für die Jahre 2007-2013 verweigert das EP seine Zustimmung. Das EP sieht in der vom Rat vorgeschlagenen Verringerung des AusmaÙes der Flexibilität im mehrjähri-gen Finanzrahmen eine Einschränkung der Befugnisse des Parlaments und seiner Vorrechte im Vergleich zu denjenigen, die es gegenwärtig genieÙt.

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0326+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Bestand an Staatstiteln bei Europäischer Zentralbank fast unverändert

In der Woche zum 01.07. stieg der Wert der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte getätigten Ankäufe der EZB um 0.3 Mrd. EUR auf 74.2 Mrd. EUR. Grund sind im Wesentlichen Anpassungen zum Quartalsende. Die EZB hat seit 14 Wochen keine Staatstitel mehr gekauft.

<http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110706.de.html>

4. EP für Umwidmung von Geld aus Energieprojekten für Flutopfer

Das Europäische Parlament schlug am 05.07. vor, die Mittel für die Beseitigung von Flutschäden in Slowenien, Kroatien und Tschechien im Jahr 2010 in Höhe von 19.5 Mio. EUR aus nicht ausgenutzter Finanzierung für Energieprojekte zu entnehmen.

<http://www.euoparl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23291/html/Aid-to-flood-stricken-countries-EP-proposes-a-way-to-break-budget-deadlock> (PM EP)

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0301+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung Solidaritätsfonds)

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0302+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung Berichtigungshaushaltsplan)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. EP unterstützt Fortentwicklung des Datenschutzes in der EU

In seiner EntschlieÙung vom 06.07. unterstützt das EP nachdrücklich die Mitteilung der Kommission zum Gesamtkonzept für den Datenschutz in der EU, wobei neue Grundsätze und Mechanismen dargestellt und Kohärenz und hohe Standards des Datenschutzes innerhalb der neuen Struktur gewährleistet werden, die durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (Artikel 16 AEUV) und die mittlerweile rechtsverbindliche Charta der Grundrechte, insbesondere ihren Artikel 8, vorgesehen sind. Dringend geboten sei die Einbeziehung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, und zwar auch bei innerstaatlicher Datenverarbeitung. Notwendig sei aber auch Einbeziehung der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der EU.

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0323+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EP fordert mehr Grundrechtsschutz in ungarischer Verfassung

Das Europäische Parlament verabschiedete am 05.07. eine von den Fraktionen der Sozialdemokraten, der Grünen, der Linken und der Liberalen eingebrachte Entschließung mit 331: 274 Stimmen bei 54 Enthaltungen. Darin werden die ungarischen Stellen aufgefordert, gemäß Artikel 21 der Charta der Grundrechte, der Verfassung und ihrer Präambel gleichen Rechtsschutz für alle Bürger, ungeachtet ihrer religiösen, ethnischen oder gesellschaftlichen Zugehörigkeit sowie sexuellen Ausrichtung zu gewährleisten; und die Unabhängigkeit der Justiz zu bekräftigen, indem das Recht des Verfassungsgerichts zur ausnahmslosen Überprüfung von Rechtsakten in Bezug auf den Haushalt – entsprechend den Erfordernissen der auf der EMRK basierenden Rechtsvorschriften – wiederhergestellt wird, indem die Bestimmung zum niedrigeren obligatorischen Pensionsalter der Richter überprüft werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23295/html/Hungarian-constitution-needs-more-explicit-fundamental-rights-protections> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0315+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

b) Inneres

1. EP gegen Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum

In einer mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten Entschließung bekräftigte das Europäische Parlament am 07.07. "seine entschiedene Ablehnung jedes neuen Schengen-Mechanismus, der andere Ziele als die Verbesserung der Freizügigkeit und der Verwaltung des Schengenraums durch die EU hat." Die Möglichkeit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen an Binnengrenzen sei nach dem Schengener Grenzkodex "nur im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit" vorgesehen. Das EP fordert die Kommission auf, eine Initiative zur Definition der "strikten Anwendung" dieser Artikel durch die Mitgliedstaaten vorzulegen und äußert Bedenken gegen jede neue Begründungen für die „ausnahmsweise“ Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110706IPR23543/html/Das-Parlament-gegen-Wiedereinf%C3%BChrung-von-Grenzkontrollen> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0336+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

VIII. Umwelt

1. Europäisches Parlament entscheidet gegen neue Klimapolitik-Entschließung

Das EP stimmte am 05.07. gegen die Verabschiedung eines Entschließungsentwurfs zur EU-Klimapolitik. Grund war ein mit knapper Mehrheit angenommener Änderungsantrag in dem das Reduktionsziel von 30% bis 2020 an Bedingungen geknüpft wurde. In bisherigen Empfehlungen hatte sich das Parlament für ein bedingungsloses Verringerungsziel von 30 % ausgesprochen. In der Endabstimmung stimmten 258 Stimmen für die Annahme der geänderten Entschließung, 347 dagegen und 63 enthielten sich. Damit bleibt die Resolution vom November 2010 aktuell, in der ein bedingungsloses Treibhausgas-Reduktionsziel von 30 % (bis 2020 auf dem Stand von 1990 basierend) empfohlen wird.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23285/html/Parlament-entscheidet-gegen-neue-Klimapolitik-Entschlie%C3%9Fung>

IX. Verkehr

1. EP billigt Ganzkörperscanner bei strengen Schutzvorkehrungen

In der Erwartung einer Entscheidung der Kommission, Mitgliedstaaten den Einsatz von Ganzkörperscannern auf Flughäfen zu erlauben, billigte das Europäische Parlament am 06.07. den Einsatz dieser sogenannten Nacktscanner, bei Schutz der Gesundheit und Privatsphäre der Flugpassagiere. Fluggäste müssten das Recht haben, dieses Screening zu verweigern und sich stattdessen einem alternativen Verfahren zu unterziehen. Passagiere sollten für das Scannen nach dem Zufallsprinzip und nicht auf Grundlage diskriminierender Kriterien ausgewählt werden. Ganzkörperbilder dürften nicht aufgenommen werden. Nach Passieren der Sicherheitskontrolle seien die Bilder unverzüglich zu löschen. Das EP fordert ferner, das Verbot der Mitnahme von Flüssigkeiten im Handgepäck in Flugzeugen 2013 aufzuheben

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23378/html/EU-Abgeordnete-fordern-strengere-Schutzvorkehrungen-f%C3%BCr-Nacktscanner> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0329+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschliebung)

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. EP für nachdrücklichen Ausbau der Breitbandnetze

In seiner Entschliebung vom 06.07. zu europäischen Breitbandnetzen fordert das EP bis 2013 eine lückenlose Abdeckung mit Breitbandtechnik für alle Europäer, wobei Nutzern in ländlichen Gebieten eine Geschwindigkeit von mindestens 2 Mbit/Sekunde und Nutzern in den übrigen Gebieten weitaus höhere Geschwindigkeiten geboten werden; weist die Kommission darauf hin, dass bei der Grundversorgung im ländlichen Raum der Mehrbedarf im Zusammenhang mit innovativen Internetdiensten wie eGovernment, eHealth oder eLearning berücksichtigt werden muss.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0322+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

1. Start des bisher größten Aufrufs zur Einreichung von Forschungsanträgen

EU-Forschungskommissarin Maire Geoghegan-Quinn lanciert am 19.07. den bislang umfangreichsten EU-Aufruf an Forscherinnen und Forscher zur Einreichung von Anträgen aus den Bereichen Forschung und Innovation. Mit rund sieben Milliarden Euro soll vor allem die Integration von Forschungsaktivitäten und Innovation ermöglicht werden, Fokus dabei sind kleine und mittlere Unternehmen.

<http://ec.europa.eu/research/index.cfm?lg=de&pg=dg>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/geoghegan-quinn/index_en.htm